K-6-3826-2 Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K-6

Von Zeile 133 bis 136:
eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu mehr Chancengerechtigkeit leisten. ~~Wir wollen die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Bodenwertsteuer prüfen und dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben.~~Um soziale Gerechtigkeit zugleich mit mehr Lenkungswirkung zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes zu verbinden, wollen wir die geeignete Ausgestaltung oder Weiterentwicklung von Abgaben und Steuern prüfen. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu

Begründung

Die Verengung einer Prüfung auf nur ein spezielles Modell zu nur einer Landessteuer ist nicht zielführend. Darüber hinaus birgt gerade das auf Bodenrichtwerten als Besteuerungsmaßstab basierende Modell der Bodenwertsteuer die Gefahr eines weiteren Schubs der Gentrifizierung und Verdrängung weniger zahlungskräftiger Bewohner*innen (und auch Eigentümer*innenschaft) insbesondere in den innenstädtischen Hochburgen der Bodenspekulation. In eine Prüfung sind deshalb zumindest auch andere Steuern, Steuermodelle und Abgabenarten einzubeziehen.

Unterstützer*innen

Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hans Joachim Lehnert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Beate Sattler-Ashoff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Susan Drews (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Elfi Jantzen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Hartwig Berger (KV Berlin-Kreisfrei); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)